Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

21.2.1874 (No. 44)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 44. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. | Samstag, 21. Februar | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

☞ Zu zahlreichem Abonnement für den Monat März laden wir ergebenst ein.

Badischer Landtag.

⸗ Karlsruhe, 12. Febr. (2. Kammer. Eisenbahnbau betr. Schluß.)

Abg. Hennig fährt fort: Wird die Bahnlinie Amorbach-Walldürn eingehalten, so wird davon zunächst Ripperg berührt, wo ein großes Eisenhammerwerk in Betrieb ist. Dieses hat jetzt schon eine Fracht von jährlich 60,000 Centner, was gewiß bedeutend ist; es wird aber gewiß an Bedeutung gewinnen, wenn die Bahn in nächster Nähe vorüber geht. Weiter liegen an dieser Bahnstrecke die großen Walldürner Steinbrüche, welche s. Z. das Material für den Bau der Tauberthal lieferten und deßhalb für unsere Bahn nicht nur die Steine abgeben werden, sondern auch ein bedeutendes Verkehrsobject liefern. Die genannten Gemeinden haben ferner große Waldungen, wodurch ein beträchtlicher Holzhandel ermöglicht ist. Sehr bedeutend ist weiter die Landwirthschaft in diesen Gegenden. Es steht mir in dieser Hinsicht ein bedeutendes statistisches Material zur Verfügung, das ich dem hohen Hause wenigstens theilweise mittheilen will. An Producten, welche zum Verkauf kommen, liefert der frühere Amtsbezirk Walldürn mit den Gemeinden Rinschheim, Götzingen und Bofsheim: Waizen 2747 Ctr., Spelz 26,743 Ctr., Korn und Kern 5649 Ctr., Gerste 4947 Ctr., Hafer 27,032 Ctr., Kartoffeln 3802 Ctr., Reps 1250 Ctr., Hanf 115 Ctr., Flachs 51 Ctr., Obst 7094 Ctr., Futter 4100 Ctr., Stroh 3620 Ctr., Grüne Kerne 2388, welche namentlich im Erfgrund stark verhandelt werden. Der Viehstand in diesem Bezirke ist folgender:

Ochsen	1204 Stck.,	zum	Verkauf	kommen		1126	Stck.
Stiere	1608	"	"	"	"	1189	"
Kühe	3771	"	"	"	"	893	"
Kalbinnen	1765	"	"	"	"	956	"
Kälber	2348	"	"	"	"	875	"
Schafe	8656	"	"	"	"	5327	"
Schweine	6965	"	"	"	"	2113	"
Pferde	388	"	"	"	"	73	"

Aus allem dem ergibt sich, daß die Landwirthschaft in diesen Gegenden eine sehr bedeutende ist. Wenn ich dann noch bemerke, daß außer der Landwirthschaft sehr viel andere Gewerbthätigkeit und Handel in den genannten Gemeinden herrscht, so werden Sie, m. H., wohl einsehen, daß sich unsere Bahnlinie aus volkswirthschaftlichen Gründen sehr empfiehlt. Aber auch in technischer Hinsicht bietet diese Linie keine Schwierigkeiten. Ein bedeutender Ingenieur gab folgendes Gutachten ab: „Ich habe die topographische Karte besichtigt, wobei sich mit vollständiger Bestimmtheit herausstellt, daß die Strecke Osterburken, Rosenberg, Sindolsheim, Altheim, Walldürn leichter zu bauen, überhaupt zur Bewerbung mit der Linie Osterburken, Götzingen, Rinschheim, Walldürn vollständig gleichberechtigt, und in volkswirthschaftlicher Beziehung jedenfalls unsere Linie den Vorzug hat und erhalten wird." In einem andern Gutachten heißt es: „Ueber die technische Seite dieses Eisenbahnprojectes erlaubt man sich nur in möglichster Kürze anzuführen: daß nachdem durch Untersuchungen mittels topographischer Karten bezw. durch Besichtigung des Terrains von Amorbach bis Osterburken übereinstimmende Ergebnisse zweier von der Stadtgemeinde Walldürn angegangener Techniker vorliegen, die Bau- und Betriebsfähigkeit einer Bahn von Miltenberg über Amorbach, Walldürn, Rinschheim, Götzingen, Bofsheim u. Osterburken außer allem Zweifel ist. Der Prozentsatz von Amorbach bis Walldürn würde wechseln zwischen 1,2 und 1,5, von Walldürn bis gegen Rinschheim zwischen 0,00 und 1,2, von Rinschheim bis Osterburken zwischen 1,0 und 1,2 Procent ungefähr. Den Bau der Bahn selbst anlangend, so bietet derselbe wohl kaum so viele Schwierigkeiten als der Bau der Linie Amorbach, Hettingbeuern, Buchen, Seckach bieten würde, über den sich ein bayerischer Ingenieur nicht eben günstig ausgesprochen. Diese Linie hat also [illegible]eles für sich, und weil in diesen Gegend[illegible]erlandes so bedeutende Thätigkeit herrsch[illegible], so ist sehr zu wünschen, daß die von Großh. Regierung geforderte Summe von 500,000 fl. jetzt schon in das Budget aufgenommen wird. Geschieht dies nicht, so wird der Anfang dieses Bahnbaues um weitere 2 Jahre hinausgeschoben, und was kann heutigen Tages nicht Alles in 2 Jahre geschehen! In zwei Jahren sind vielleicht wieder andere Schwierigkeiten da, und so kann denn dieser Bahnbau, weiß Gott wie lang noch hinausgeschoben werden. Um so mehr sollte man diese Summen bewilligen, da die technischen Vorarbeiten schon bedeutend vorgeschritten sein sollen; ich habe mir Erkundigungen eingezogen und erfahren, daß sehr wahrscheinlich bis zur zweiten Hälfte des Landtages definitiver Beschluß gefaßt werden kann. Unter der Voraussetzung, daß dies geschieht, könnte also jetzt schon die geforderte Summe bewilligt werden.

Wie wichtig diese Bahn ist, dürfte auch daraus hervorgehen, daß alle Gemeinden jener Gegend sich schon sehr viele Mühe um dieselbe gegeben haben — durch Petitionen, Vornahme von Vermessungen, Anerbietungen u. dgl.; hat ja doch die Gemeinde Walldürn sich erboten, sämmtliche zum Bahnbau nöthigen Gelände auf ihrer Gemarkung, die sehr groß ist, unentgeltlich abzutreten. Geschieht nach allen diesen Anstrengungen wieder nichts, so muß das auf die ganze Gegend niederschlagend wirken, während, wenn nur einmal ein Anfang mit dem Bau gemacht wird, alle Gemüther wieder neu belebt werden.

Vergessen darf dabei nicht werden, daß die Heidelberg-Würzburger Bahn von der Bahn Osterburken-Miltenberg ihre Nahrung erwartet. Die erstere Bahn rentirt sich bis jetzt nicht, und zwar, wie ich glaube, weil dieselbe eine Richtung genommen hat, die die volkreichsten Gegenden außer Verkehr setzt. Ich bin freilich zu wenig Techniker, um ermessen zu können, ob nicht aus technischen Rücksichten die genannte Linie gewählt wurde; aber rentiren wird sie sich erst, wenn durch die Osterburken-Miltenberger Bahn eine Verbindung zwischen Wüttemberg einerseits, der Maingegend und den Rheinlanden anderseits hergestellt ist. Der Aufwand von 500,000 fl. wird also in anderer Weise uns wieder eingebracht.

Nicht zu übersehen ist endlich, m. H., daß die in Frage stehende Bahn in strategischer Beziehung ihre Wichtigkeit hat; sie ist die einzige Verbindungsbahn zwischen der Neckar- und Mainlinie. Wollte bei einem Krieg eine Armee vom Neckar an den Main oder umgekehrt vom Main an den Neckar geworfen werden, so ist nur unsere Bahn zu benützen. Genau dieselbe Richtung, welche im Jahre 1866 die preußischen Truppen verfolgt haben, wird größtentheils unsere Bahnlinie nehmen.

Aus allen diesen Gründen empfehle ich Ihnen m. H. unsern Antrag. Wir haben heute schon große Summen für Eisenbahnen bewilligt, und wiederholt in Fällen, wo gleichfalls noch nicht Alles geordnet ist, warum nun an dieser Bahn streichen? Die Summe ist zudem, namentlich im Vergleich zu den großen Summen, die wir bewilligt, eine Kleinigkeit, mit der nur unbedeutende Anfänge gemacht werden können. Ich bitte Sie also, nehmen Sie unsern Antrag an. —

Ministerialpräsident Turban: Die Kosten für Vorarbeiten werden aus den 750,000 fl. des § 28 geschöpft, mit der heute geforderten Summe von 500,000 fl. sollen eigentliche Bahnbauarbeiten ausgeführt werden. Es sei ihm nicht bekannt, daß die Vorarbeiten schon bis zur zweiten Hälfte des Landtags beendigt sein würden. Würden die 500,000 fl. bewilligt, so müßte es der Großh. Regierung überlassen bleiben, die Zugsrichtung zu bestimmen. Wolle aber das hohe Haus die Mitverantwortung für die Zugsrichtung übernehmen, so könne ihm das nur angenehm sein, und sei deßhalb der Beschluß der Kammer darnach einzurichten.

Friderich wendet sich gegen den Antrag der Abg. Hennig und Genossen; die Vorarbeiten seien noch zu weit zurück, das hohe Haus sei außer Stand, jetzt schon Beschluß zu fassen über die Zugsrichtung; gerade weil man schon so viel bewilligt, müsse man auch an's Streichen denken.

Stößer spricht für die Petition der Stadt Wertheim, welche im Laufe der Zeit so viel von ihrer früheren Blüthe verloren habe; auch sei sehr zu wünschen, daß die spätere Eisenbahnbrücke bei Wertheim zugleich für den gewöhnlichen Fahrverkehr eingerichtet werden möge. — Der Abg. v. Feder unterstützt gleichfalls den Wertheimer Petitionsantrag.

Huffschmidt spricht für den Antrag Hennig's; es sei die Beschleunigung dieser Bahnstrecke auch im Interesse Adelsheims zu wünschen.

Hennig spricht wiederholt für seinen Antrag; die Bahn müsse jedenfalls gebaut werden; die beiden Ausgangspunkte Miltenberg und Osterburken seien durch Vertrag festgesetzt; die näheren Bestimmungen müssen doch der technischen Behörde in Gemeinschaft mit Großh. Regierung überlassen bleiben; in zwei Jahren werde das hohe Haus so wenig wie heute in der Lage sein, die näheren Bestimmungen treffen zu können. — Bezüglich der Wertheim-Lohrer Bahn könne er gleichfalls nur wünschen, daß dieselbe recht bald zum Ausbau komme. Es sei diese namentlich im Interesse der Stadt Wertheim; er könne heute um so kürzer sein als er sich schon in einer früheren Sitzung darüber ausgesprochen habe. Durch Erbauung der Spessartbahn habe Wertheim sehr viel verloren; mit dem Uebermain zu verkehren, fehle es an Allem; es sei keine Brücke da, es fehle eine Omnibusverbindung, nicht einmal eine ordentliche Schiffsverbindung sei hergestellt; da müsse Abhülfe geschaffen werden, Bayern müsse gedrängt werden.

Ein Schlußantrag machte nun der Debatte ein Ende, wodurch besonders dem Abg. Edelmann das Wort entzogen wurde. Schließlich wurde der Antrag Hennigs und Genossen abgelehnt. Damit ist dieser Bahnbau auf zwei weitere Jahre in die Ferne gerückt.

Karlsruhe, 16. Febr. (1. Kammer. Nach der Karlsr. Zeitung. Schluß.)

Von Kaufmann Hummel wird hierauf Bericht erstattet über den Gesetzentwurf, die Ermächtigung der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse zur Aufnahme weiterer Anlehen betreffend.

Nach Eröffnung der Discussion erklärt sich Graf von Berlichingen damit einverstanden, daß man der Großh. Finanzverwaltung völlig freie Hand lasse, welchen Weg sie bei der Anlehensaufnahme beschreiten wolle. Wollte man einen bestimmten Modus vorschreiben, so würde dies wenig Vertrauen zur Großh. Regierung beweisen.

Für sehr zweckmäßig halte er, die betreffende Anleihe aus dem Reichs-Invalidenfond zu entnehmen. Nur besorge er, daß derselbe nicht die genügenden Mittel zur Effektuirung dieser Anleihe besitzen werde.

In diesem Falle wäre wohl der Weg allgemeiner Subscription sehr empfehlenswerth, damit der durch das Anleihen erzielte pecuniäre Vortheil den Capitalisten des Landes zufallen würde.

Wenn aber auch das Anleihen durch Soumission oder aus freier Hand begeben werde, so müsse wohl der Zeitpunkt der Begebung im amtlichen Theile der „Karlsruher Zeitung" öffentlich bekannt gemacht werden.

Ministerialpräsident Ellstätter dankt dem Vorredner für die Bemerkungen über den Modus der Begebung des Anleihens, um so mehr, als in der Zweiten Kammer sich hievon abweichende Ansichten kundgegeben hätten. Was die Entnahme des Anlehens aus dem Reichs-Invalidenfond betreffe, so sei in der Zweiten Kammer im Gegensatze dazu die Rede davon gewesen, sich nicht von ausländischen Geldgrößen abhängig zu machen.

Was die Empfehlung der öffentlichen Subscription anbelange, so habe man in dem andern Hause sich eher geneigt gezeigt, den inländischen Bankiers die bei einer Anleihe erwachsenden Vortheile zuzu-

wenden. Es sei hieraus eine Rückströmung ersichtlich gegen die bisher herrschende Anschauung, welche mit Vorliebe Bank- und Aktienunternehmungen als „Gründerschwindel" verurtheilt habe. Wo öffentliches Interesse so enge mit Privatinteressen in Berührung trete, wie bei den vorliegenden Fragen, sei die öffentliche Meinung häufig beeinflußt — und zwar unbewußt — von den Bestrebungen der Herren des Geldmarktes.

Redner sei vollkommen einverstanden, daß bei der Anleihe einer mäßigen Summe der Weg allgemeiner Subscription betreten werden könne, und er halte es nicht gerade für nothwendig, in einem solchen Falle Bankiers oder Bankunternehmungen in's Mittel zu ziehen, um ihnen einen erheblichen Vortheil ohne jedes Risiko zuzuwenden. Was die angeregte Veröffentlichung in den Zeitungen betreffe, so finde sie selbstverständlich statt, wenn für die Anlehensaufnahme der Weg öffentlicher Soumission gewählt werde. Werde dagegen die Anleihe bei dem Reichs-Invalidenfond aufgenommen oder sonst aus freier Hand begeben, so sei eine Veröffentlichung nicht nöthig, indem im letzteren Falle schon durch die Verkündung des Gesetzes über die Darleihensaufnahme Interessenten veranlaßt seien, wegen ihren Anerbietungen sich mit der Großh. Finanzverwaltung in's Benehmen zu setzen.

Fabrikant Dennig: Der Weg öffentlicher Subscription, der zwar der angenehmste für die Kapitalisten unseres Landes sei, könne wohl bei dem fraglichen Anleihen nicht beschritten werden, da es sich um so hohe Summen handle. Sehr wünschenswerth sei die Entnahme des Darleihens aus dem Reichs-Invalidenfond, der wohl die nöthigen Mittel — wenn auch nicht in baarem Gelde, doch in Papieren — besitzen und überdies sich mit einer einfachen Schuldverschreibung begnügen werde. Fraglich aber sei es, ob der Reichs-Invalidenfond mit der in Aussicht genommenen langen Tilgungszeit von 50 Jahren sich einverstanden erklären werde. Was die in Vorschlag gebrachte Eröffnung einer allgemeinen Soumission bezüglich des Anleihens betreffe, so würde dies schließlich doch wieder auf eine Begebung aus freier Hand hinauslaufen; denn die Regierung könne nicht mit einer kleineren Bank die Anlehensvermittlung vereinbaren, obgleich dieselbe mit einem geringen Prozentsatze von Gewinn sich begnügen würde, wenn die Solidität des Geldinstituts nicht vollständig feststehe.

Jedenfalls aber könne man nicht das Anleihen im Soumissionswege, bezw. im Wege der Begebung aus freier Hand effectuiren und zugleich eine allgemeine Subscription auf das Anleihen eröffnen, da wohl kein Bankinstitut sich zu diesem Modus herablassen würde.

Nach einer ausführlichen Erörterung durch Kaufmann Hummel über von den Vorrednern berührte Fragen bezüglich der Art der Anlehensaufnahme bemerkt Ministerialpräsident Ellstätter, daß er nur mit einer gewissen Reserve über die obschwebenden Fragen sich äußern könne. Der Weg öffentlicher Subscription erscheine für den ersten Blick als eine im Interesse des kapitalbesitzenden Publikums sehr wünschenswerthe Art der Anleiheerhebung. Die Kapitalisten seien auch in der That von dem Bestreben, möglichst hohe Zinsen zu erhalten, zurückgekehrt zum Erwerbe von solid fundirten Papieren. Gleichwohl täusche man sich über die Aufnahmsfähigkeit, wenn man glaube, daß die beabsichtigten Anleihen im Betrag von 30 Millionen auf diesem Wege begeben werden könnten. Es sei jetzt schon reichliche Gelegenheit vorhanden, badische Papiere zu kaufen. Aber bei dem sehr hohen Course derselben sei kein sehr hoher Gewinn mit dem Erwerbe derselben verbunden. Der Finanzverwaltung aber könne man nicht zumuthen, neu zu schaffende badische Staatspapiere um einen niedrigeren als den auf dem Geldmarkt herrschenden Cours abzugeben.

Nach der Subscriptionseröffnung beeile sich in der Regel das Publikum nicht sehr, und so entstehe leicht ein Stocken im Verkauf der Papiere. Die Großh. Regierung sei hiedurch genöthigt, von dem ursprünglich höheren Fuße herabzugehen, und der augenblickliche Vortheil, der bezüglich eines Theils der Papiere erwachse, werde aufgewogen durch die erheblichen Nachtheile, die sehr leicht auf diesem Wege entstehen.

Redner schildert hierauf die Vortheile der vom Vorredner verührten Anlehensaufnahme vom Jahre 1870, welche die Finanzverwaltung in den Stand gesetzt habe, bei Ausbruch des Krieges die nöthigen Geldmittel vorräthig zu haben. Die Regierung habe sich daher nicht in der Nothwendigkeit befunden, zu hohem Zinsfuße mit bedeutendem Rabatte eine Anleihe zu effectuiren, wie die übrigen deutschen Staaten. In Folge dieser günstigen Umstände sei auch ein so bedeutender Ueberschuß des Kriegskosten-Aufwandes — wie kaum in einem andern Staate — den Finanzen des Landes zu Gute gekommen.

Redner schließt mit der Zusicherung, die Regierung werde mit aller Vorsicht und Sorgfalt den für das Wohl des Landes zweckmäßigsten Weg der Anlehensaufnahme beschreiten.

Der Gesetzentwurf wird bei der namentlichen Abstimmung einstimmig angenommen. Ebenso wird das Budget der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse für 1874 und 1875 nach Erstattung des Berichtes durch Kaufmann Hummel genehmigt.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 16. Febr. (Nach der K. V. Z.)

Erste Berathung des Reichsmilitärgesetzes.

Kriegsminister v. Kamecke. Der Norddeutsche Bund hatte die preußische Heeresverfassung in [illegible] und Bogen übernommen. Nachdem dieselbe sich [illegible] letzten Kriege bewährt, ist der Wunsch ausgesprochen, dieselbe auch auf die süddeutschen Staaten zu übertragen. Diese Aufgabe ist nunmehr unter dauernder, hingebender Arbeit aller Organe erfüllt worden. Ein einheitliches deutsches Heer steht da, um die Interessen des Vaterlandes zu vertheidigen, und unter dessen Schutz das Deutsche Reich seinem friedlichen Berufe ruhig nachgehen darf. Der vorliegende Entwurf ist zugleich die Ausführung eines Amendements des Art. 61 der Reichsverfassung, welches bestimmt, daß nach gleichmäßiger Durchführung der Kriegsorganisation des deutschen Heeres ein umfassendes Reichsmilitär-Gesetz dem Reichstage und dem Bundesrathe zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werde. Der vorliegende Entwurf wird Ihnen Gelegenheit geben, die Principien unserer Organisation zu prüfen. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß derselbe die Billigung des Hauses finden und daß dem Vaterlande die bewährte Heereskraft auch fernerhin erhalten werde. Um diesen Zweck zu erreichen, hat die Militärverwaltung trotz mancher Bedenken auf eine große Zahl von Befugnissen verzichtet, die sie bisher auszuüben im Stande war. Das Gesetz im Ganzen schließt sich dem Gesetze vom 9. November 1867 durchaus an. Mit der Annahme desselben wird die Militär-Gesetzgebung des Deutschen Reiches ihr Ende erreicht haben, und empfehle ich dieselbe Ihrer Prüfung.

Abg. Richter (Hagen). In dem vorgelegten Entwurf handele es sich eigentlich um vier Abschnitte, die in einem so losen Zusammenhange zu einander ständen, daß man sie ohne Schädigung des Ganzen in verschiedenen Commissionen berathen könne. Er habe selber seiner Zeit für das von dem Herrn Kriegsminister angeführte Amendement zu Art. 61 der Verfassung gestimmt, das damals mit sehr knapper Majorität angenommen sei, weil die Auffassung dieses Amendements eine sehr verschiedene gewesen. Der Entwurf gehe theilweise über die Bedeutung des Amendements hinaus, theilweise bleibe er hinter demselben zurück, denn während er wiederum Privilegien legalisiren wolle, wie z. B. die Befreiung der Officiere von der Communalsteuer, nehme er auf die Beschlüsse des Reichstages keine Rücksicht. Was den ersten Abschnitt des Gesetzes betreffe, so stelle der Entwurf eine Friedens-Präsenzstärke fest, ohne auf die Verhältnisse der Kriegsformation auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen. Die Regierung halte die Fixirung der Kriegsformation nicht für möglich. Seiner Meinung nach sei dieselbe eben so gut möglich, wie die Emanirung der Kreisordnung. Wenn sich die Kriegspräsenz nicht feststellen ließe, so sei das bei der Friedenspräsenz noch viel weniger der Fall. Die Dienstzeit der einzelnen Truppentheile sei ihrer Natur nach veränderlich; sie verändere sich mit Rücksicht auf die wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Landes. In Preußen sei die dreijährige Dienstzeit immer Gesetz gewesen, niemals sei dieselbe aber innegehalten worden, sondern habe stets gewechselt. Selbst noch während der Reorganisation sei sie veränderlich gewesen, welches die Militär-Verwaltung gezwungen habe, Ersparnisse in der Präsenzstärke zu machen. Es möge eigenthümlich erscheinen, wenn er sich gewissermaßen zum Vertheidiger des Pauschquantums aufwerfe, aber er wolle lieber noch zehn Jahre das Pauschquantum behalten, als eine solche eiserne Präsenzstärke. Die Militär-Verwaltung wolle sich emancipiren von allen Rücksichten auf die wirthschaftlichen und financiellen Verhältnisse, sie wolle sich gewissermaßen von den bürgerlichen Rücksichten auf eine feste Citadelle zurückziehen. Uebrigens könne er nicht annehmen, daß die Regierung im Ernste an eine solche feste Friedens-Präsenz auf die Dauer denke, sie könne sich daraus kein Hehl machen, daß der Art. 1, wie er hier vorliege, auch nicht 50 Stimmen im Hause finden werde. (Widerspruch rechts.)

M. H.! Deutschland steht jetzt stärker und einiger da als jemals; eine einheitliche Heeresorganisation verknüpft Süd und Nord; da ist es wohl auch an der Zeit, unsere financiellen und wirthschaftlichen Verhältnisse mehr zu berücksichtigen. Die allgemeine Wehrverfassung ist das Product der Volksbildung und des Volkswohlstandes, sie hängt mit den gesammten Volksverhältnissen zusammen. Es wäre ein Unglück für das Institut der allgemeinen Wehrpflicht, wenn man seine Wurzeln aus dem Volksleben herausreißen wollte. Nein, wir wollen in lebendiger Beziehung zum Heere bleiben, um nicht das Verständniß für die Bedürfnisse desselben zu verlieren. Wenn irgendwo in der Welt, dann gehört das Volksheer und das Volk in Waffen zusammen. Das deutsche Heer bedarf des deutschen Parlaments zu seiner Einheit. Wollten wir dieses Verhältniß lockern, so würde man den Bau der deutschen Einheit selbst in Frage stellen. Was die geschäftliche Behandlung anlangt, so sei er und seine politischen Freunde der Ansicht, daß die Abschnitte 1 und 2 sich wohl zur Berathung im Plenum eignen, dagegen schlagen sie vor, die übrigen Abschnitte an eine Commission zu verweisen.

Abg. Graf v. Moltke. (Redner spricht sehr leise, während sich größere Gruppen um die Tribüne versammeln.) Redner führt zunächst aus, daß die große Friedenspräsenzstärke um deshalb nothwendig sei, da man nicht wissen könne, ob man nicht in der nächsten Zeit nicht nach einer, sondern nach zwei Seiten werde Front machen müssen. Kleine Staaten können sich auf Neutralität und internationale Garantien verlassen; der große Staat besteht nur durch sich selbst und aus eigener Kraft und erfüllt den Zweck seines Daseins, wenn er seine Unabhängigkeit und seine Freiheit zu behaupten vermag. Wir dürfen nicht vergessen, daß Ersparnisse am Militär-Etat aus einer ganzen Reihe von Friedensjahren verloren gehen können durch einen einzigen unglücklichen Krieg. Ich erinnere nur daran, daß Kaiser Napoleon in der Zeit von 1808 — 12 aus dem damals kleinen und armen Preußen über eine Milliarde herausnahm. Wenn hier von Volksbildung im Allgemeinen gesprochen worden, so möchte ich doch daran erinnern, daß keine Nation in ihrer Gesammtheit bis jetzt eine Erziehung genossen, die jede militärische Erziehung ersetzt. Die Schulbildung genügt nicht, um bereit zu sein, für eine Idee, für die Pflichterfüllung sein Leben einzusetzen; dazu gehört die ganze Erziehung des Menschen, die Erziehung zur Treue, zum Gehorsam, zur Pflichterfüllung. Diese gibt nur das Heer. Vielleicht ist es einer spätern, größern Generation vorbehalten, aus dem Zustande des bewaffneten Friedens herauszukommen, gegenwärtig ist aber der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Und, m. H., ein so großes Werk, wie die Aufrichtung des Deutschen Reiches, vollzieht sich nicht in einer Spanne Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen in der Hand errungen haben, das müssen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen in der Hand schützen. (Lebhaftes Bravo.) Redner geht nunmehr auf die von Frankreich eingeführten Heereseinrichtungen näher ein und führt aus, daß die Anstrengungen, welche Frankreich in dieser Beziehung mache, das Deutsche Reich in die Lage brächten, auch seinerseits die Armee stets in einem schlagfertigen Zustande zu erhalten. Denn, m. H., fährt Redner fort, wir dürfen dem gegenüber die inneren Kräfte unserer Armee nicht schwächen lassen und können deshalb weder in Abkürzung der Dienstzeit, noch in die Herabsetzung der Präsenzstärke willigen. Was die sog. Milizen anlangt, so erinnere ich nur an die National- und Mobilgarden in Frankreich, die zwar den Krieg um mehrere Monate verlängert, aber Frankreich keinen besseren Frieden verschafft haben. Dabei darf nicht vergessen werden, daß bei Verwendung solcher Volksmassen Verwilderung und Greuel unausbleiblich sind, denn mit den guten Elementen werden auch zugleich die schlechten bewaffnet. Lassen Sie uns, m. H., im Frieden für den Krieg rüsten; bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Europa's werden wir eines starken und kräftigen Heeres nicht entbehren können. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Graf Bethusy-Huc spricht unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses für die Vorlage, glaubt aber, daß dieselbe wohl der Verbesserung fähig sei. Aus diesem Grunde werde er sehr gern Amendements zustimmen, welche auf eine solche Verbesserung gerichtet seien. Was dagegen die Hauptsache betreffe, die Frage, ob das Haus der Militärorganisation gegenüber sein Recht wahren solle zur Herstellung eines Gesetzes, das mit jedem Jahre ablaufe, oder ob es sich für ein Gesetz von längerer Dauer erklären solle, so stehe er auf Seiten der Vorlage. Er finde in einer starken Militärverfassung keine Beeinträchtigung der Freiheit, sondern eine Gewährleistung derselben.

Abg. Hasenclever. Ich will zunächst einer vielfach colportirten Behauptung entgegentreten, nämlich der: „Die Socialdemokraten seien Reichsfeinde." Meine Herren, wir sind allerdings Gegner der jetzigen Gewalthaber, aber Reichsfeinde waren wir nie. Auch wir wollen die Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes. Unsere Ansicht geht dahin, daß Preußen und Deutschland sogar den Anschein vermeiden muß, es wolle ein großes Kriegsheer, um Länder, z. B. Holland und die Ostseeprovinzen, zu erobern. Wir wollen aber mit einem deutschen Eroberungsheer nichts zu schaffen haben und darum wollen wir das Volksheer. Man glaube nun nicht, daß wir darauf bestehen, sofort eine Miliz herzustellen: wir lassen mit uns handeln, und sind mit Abschlagszahlungen zufrieden (Heiterkeit), und eine solche Abschlagszahlung ist die einjährige Dienstzeit. Wir stehen mit dieser Auffassung durchaus nicht allein, denn auch die Fortschrittspartei wollte im Jahre 1861 die einjährige Dienstzeit. Ja noch mehr, als es sich um den Krieg gegen Dänemark handelte, da hieß es seitens der Officiösen: Nach diesem Kriege würden wir mächtiger dastehen und da könne man das Land durch Herabsetzung der Dienstzeit entlasten. Preußen hat gesiegt, aber eine Herabsetzung der Dienstzeit fand weder damals, noch nach dem Jahre 1866 statt. Dann sollte der Krieg gegen Frankreich zu einer Herabsetzung der Dienstzeit führen, aber auch jetzt heißt es wieder, daß die Aufrechthaltung einer starken Militärmacht nothwendig sei. Der Abg. Graf Moltke hat behauptet, daß sich die Leute, welche nur kurze Zeit dienten, nicht so gut geschlagen hätten. Ich kenne Beispiele, welche von dem Gegentheil zeugen. Die Hannoveraner dienten nach dem Bundesgesetz nur 1½ Jahr und Jeder wird zugeben müssen, daß sie sich bei Langensalza brillant geschlagen haben. Auch die Sachsen haben sich bei Sadowa viel besser geschlagen, als die Oesterreicher, die eine weit längere Dienstzeit hinter sich hatten. Durch eine einjährige Dienstzeit wird das Budget vermindert, man behält mehr Mittel übrig zur Erziehung der Jugend in den Schulen und hierin liegt die Hauptaufgabe Deutschlands. Ist Deutschland im Herzen Europa's die stärkste Macht, so hat sie den andern Staaten mit gutem Beispiele voranzugehen und die Eroberungsarmee abzuschaffen. Deutschlands Aufgabe ist der Friede und die Herstellung der socialen Ordnung. (Aha!) Ich werde wohl noch zu einer anderen Zeit Gelegenheit haben, das Wesen dieser socialen Ordnung näher zu beleuchten. Noch ein Mal, meine Herren, verurtheilen Sie durch Ihr Votum die Eroberungsarmee, denn nur dann erst können Sie sagen, Deutschland marschirt an der Spitze der Civilisation.

Abg. Dr. Lasker. Er sei nicht genug Sachverständiger, um beurtheilen zu können, ob ein Vertheidigungsheer etwas anderes sei als ein Eroberungsheer. Deßhalb könne er die Bemerkungen des Vorredners nicht widerlegen, müsse aber anerkennen, daß der Abg. Graf Moltke die Idee der Einführung einer Miliz in Deutschland siegreich geschlagen habe. Er (Redner) werde den Antrag stellen, die ganze Vorlage an eine Commission zu verweisen, weil er finde, daß im § 1 so viel technisches Material liege, welches herausgeschafft werden müsse, um die vorliegenden Differenzen verstehen zu können. Und da er nicht zweifele, daß die Majorität des Reichstages den Wunsch habe, mit den verbündeten Regierungen zu einer Verständigung zu kommen, so halte er es für nöthig, daß die Vorlage nicht dem Zufalle einer Plenarberathung unterworfen werde. Er sei nämlich der Ansicht, daß das wechselseitige Verständniß schon der Anfang der Verständigung sei, und er würde bei der ersten Berathung gar nicht das Wort genommen haben, wenn er nicht wünschte,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

daß die Regierungen zeitig genug die Differenzpunkte kennen lernen möchten. Es werde untersucht werden müssen, ob mit der vorgeschlagenen Organisation des Militärs das Budgetrecht des Hauses noch weiter fortbestehen könne, oder ob dasselbe nicht bloß zu einem Scheinrecht herabsinke. Redner beleuchtet sodann mit einigen Worten das Budgetrecht, wie er es auffasse. Das Reich habe viele Zwecke zu erfüllen und für jeden Zweck würden erhebliche Mittel in Anspruch genommen. In einem constitutionellen Staate sei das Parlament dazu geschaffen, ermäßigend einzuwirken den Forderungen der Kriegsverwaltung gegenüber durch das Budgetrecht. Sei nun die Heeresorganisation derartig eingerichtet, daß die Landesvertretung ihr Controlrecht nicht mehr ausüben könne, so halte er dies für sehr gefährlich. Sei hier ein Mal gesetzlich festgestellt, wie viel Mann im Heere sein müßten, so könne der Reichstag an den übrigen Einrichtungen wohl kritisiren, aber materiell sehr wenig daran ändern. Der Mann sei einmal vorhanden, er müsse erhalten und untergebracht werden. Der Kern des Budgetrechts liege eben in der Frage, wie viel Mannschaften vorhanden sein sollten, eben so in der Frage, wie lange eine Person in der Armee gehalten werden solle. Habe man den Militäretat nur erst einige Jahre discutirt, dann werde die Discussion ihre Schrecken verloren haben. Die liberale Partei erwarte nichts sehnlicher, als die gesetzliche Ordnung der Militärangelegenheit. Sie habe sich niemals geweigert, das Nothwendige für das Militär zu bewilligen.

Abg. Dr. Gneist ist ebenfalls der Ansicht, daß der Militäretat grundsätzlich ebenso zu behandeln sei, wie jeder andere Etat, und beleuchtet sodann die Entstehung des Conflictes im preußischen Abgeordnetenhause über diese Frage. Ein gewisses Grundgerüste müsse bei allen Berathungen und auch bei den Berathungen des Militäretats zu Grunde gelegt werden. Ebenso wie bei jedem andern Ministerial-Departement die Zahl der Beamten und deren Besoldungen im Etat festgestellt werden, so müsse auch die Zahl der Soldaten, die der Staat zu seiner Selbsterhaltung bedürfe, alljährlich festgestellt werden. Die Feststellung der Präsenzstärke für einen längeren Zeitraum sei mit dem allgemeinen Wehrgesetz unvereinbar.

Die Discussion wird hierauf geschlossen und die Vorlage an eine Commission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Deutschland.

* **Karlsruhe**, 18. Febr. Gegenüber all den schmählichen Verdächtigungen der Franzosenliebhaberei und vaterlandsfeindlicher Gesinnungen, die fortwährend gegen die Katholiken Deutschlands von ihren nationalservilen Gegnern erhoben werden, wollen wir eines der hervorragendsten französischen Blätter reden lassen, um so mehr, als es auch des Badischen Beobachters in einer Weise Erwähnung thut, die wir nur für eine unserer deutschen Gesinnung Ehren bringende erachten können.

Der „Français", ein officiöses Organ des gegenwärtigen, als „ultramontan" bezeichneten französischen Ministeriums, schreibt in seiner Nummer vom 14. d. M.: „Wir wollen nicht unterlassen, unsere Landsleute vor einer sehr gefährlichen Täuschung zu warnen. Angesichts der Haltung, welche die deutschen Katholiken gegenüber ihrem Fürsten-Reichskanzler eingenommen haben, bildet man sich hier und da bei uns ein, jene Katholiken und besonders ihre Abgeordneten hätten Sympathieen für Frankreich und theilten das schmerzliche Gefühl, das uns die Trennung von Elsaß-Lothringen eingeflößt hat. Nichts ist falscher als dies. Wir haben schon die Rede angeführt, in welcher ein hervorragender Führer der deutschen Katholiken, Hr. A. Reichensperger, die Erklärung abgab, daß er immer die Annexion von Elsaß-Lothringen gewünscht habe, und daß es eine Verleumdung seiner Partei sei, wenn man sie darstelle, als wünsche sie die Rückkehr dieser Provinzen an Frankreich. Noch jüngst schrieb ein katholisches Blatt Deutschlands, der „Badische Beobachter", bei Gelegenheit der Wahlen in Elsaß-Lothringen: „Wir begreifen die Sympathieen der Elsasser für Frankreich; aber Elsaß-Lothringen, das vor zwei Jahrhunderten von Deutschland losgerissen und vor vier Jahren wieder genommen wurde, darf nicht mehr an Frankreich zurückfallen." Und einer der entschiedensten Gegner Preußens und des Fürsten Bismarck, ein Mitarbeiter der katholischen und bayerischen „Augsburger Postzeitung", Constantin Frantz, erinnert in einer so eben erschienenen Brochüre über Elsaß Lothringen daran, „daß alle patriotischen Herzen freudig schlugen, Elsaß und Lothringen, die uns im Laufe der letzten Jahrhunderte geraubt worden waren, würden wieder zu Deutschland zurückkehren." Man mag darüber betrübt sein oder nicht, so muß man doch anerkennen, daß die Katholiken Deutschlands, wenn sie auch noch so eifrig und entschieden ihre Religion gegen alles vertheidigen, dennoch Deutsche sind von Kopf bis zu Fuß." So spricht eines der ersten und ernsthaftesten Blätter des heutigen Frankreich.

* **Karlsruhe**, 20. Febr. Eine alte Bekannte, die „Bad. Correspondenz", seit einiger Zeit eingeschlafen, ist seit Fastnacht wieder in's Leben zurückgerufen worden, um den geistig gänzlich abgewirthschafteten Amtsverkündigungsblättern und einigen mit diesen aus demselben Napf ihre Nahrung saugenden Schmarotzerpflanzen auf die Beine zu helfen. „Es bedarf wohl keiner Ausführung", sagt in dieser Beziehung die Badische Correspondenz, „daß die Einheit unseres gesammten politischen Wirkens durch dieses gemeinsame Organ mächtig gefördert werden kann, sofern die nationale und liberale Presse, vor allem die der kleineren Blätter von diesem Mittel der Verständigung einen häufigen Gebrauch macht." Nein, dieser Ausführung bedarf es wahrlich nicht und so werden wir wieder in Bälde sämmtlichen Janhagel des Nationalservilismus an der bequemen Arbeit sehen, mit dem Rothstift in der Hand den Optimaten jener Partei die gewünschten Anstreicherdienste zu leisten.

Speier, 16. Febr. Der verantwortliche Redacteur der „Rheinpfalz" ist, „wegen Beleidigung des deutschen Kaisers" auf den 10. März v. J. vor das Schwurgericht verwiesen.

Aus Essen, 14. Febr. berichtet die „Ess. V.-Z.": „Was gemacht werden kann, wird gemacht. Nachdem es mit der „altkatholischen" Bewegung bisher auch hier nicht sonderlich hat ziehen wollen, ebensowenig wie mit der Staatskatholikenadresse, die monatelang hier circulirt und bis vor Kurzem es nicht weit über die Unglückszahl 13 gebracht haben soll, versucht man's jetzt auf andere Weise. Es sind in den jüngsten Tagen nämlich, mit dem städtischen Siegel versehen, Briefe folgenden Inhalts an geeignete, aber auch an ungeeignete Personen (die Beamten sollen besonders bedacht sein) von Polizeidienern überbracht worden. Eine Person letzterer Qualität, ein kath. Arbeiter, übergab uns ein solches Schreiben, indem er zugleich seine Entrüstung über die ihm darin gemachte Zumuthung ausdrückte. Dasselbe lautet wörtlich also:

„Essen, den 9. Februar 1874.

An den Herrn . . . . .

Behufs der von dem Bischof Dr. Reinkens in Bonn beauftragten Bildung einer altkatholischen Pfarrei Essen ist Ihre und Ihrer Glaubensgenossen Erklärung über den Eintritt in den altkatholischen Gemeindeverband dieser Partei höherem Auftrage zufolge von mir zu Protokoll entgegenzunehmen. Ich habe zur Abgabe dieser Erklärung Termin auf

Sonntag, 15. d. M., Vormittags 11 Uhr, im Gebrüder Bovensiepenschen Lokal hierselbst,

anberaumt und lade Sie zu demselben mit dem ergebensten Ersuchen ein, sich pünktlich einfinden zu wollen.

Der Oberbürgermeister
Hache."

Berlin, 17. Febr. Wie vorherzusehen war, hat der Reichstag gestern nach beendigter erster Lesung den Militär-Gesetz-Entwurf einer Commission von 28 Mitgliedern zur Begutachtung überwiesen. Diese Commissions-Verhandlungen werden auch erst genügendes Licht über die Stellung der Parteien zu der Vorlage verbreiten. Aus den allgemeinen Bemerkungen, welche gestern von den Rednern über jenen Gesetzentwurf gemacht wurden, geht nur so viel hervor, daß alle Parteien einen Conflict mit der Executive möglichst zu vermeiden wünschen, daß aber die Mehrheit ernste Bedenken trägt, der im Art. 1 normirten Friedenspräsenzstärke zuzustimmen. Mag auch Hr. Eugen Richter sich von der Festigkeit mancher Abgeordneten übertriebene Vorstellungen machen, wenn er meinte, daß nicht 50 Mitglieder des Hauses für den Artikel 1 in seiner vorliegenden Fassung stimmen würden, so steht doch so viel außer Zweifel, daß sich keine Mehrheit für diese Fassung finden wird, obwohl von sehr einflußreicher Seite alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, widerstrebende Elemente liberaler Couleur auch in dieser Frage wieder für die Tugend der Nachgiebigkeit empfänglich zu machen. Frugale Diners und gesellige Abendcirkel bieten dazu vortreffliche Anknüpfungspunkte. Einstweilen läßt sich nur feststellen, daß außer den sogen. Conservativen und der deutschen Reichspartei alle übrigen Fractionen große Zurückhaltung in dieser Frage beobachten, die meiste jedoch das Centrum, und zwar aus dem naheliegenden Grunde, weil seine Stellung die schwierigste ist. Bindende Erklärungen wurden von keiner Seite abgegeben, und mit Ausnahme von Richter sprachen alle Redner nur in ihrem eigenen Namen, und nicht im Namen ihrer Partei, selbst der Socialdemokrat Hasenclever, dessen sehr gemäßigtes Auftreten allgemeine Anerkennung fand. Einigermaßen enttäuscht sah man sich durch die Rede des Grafen Moltke, von dem man erwartet hatte, daß er die Vorlage vom militärischen Gesichtspunkte aus vertheidigen werde, während er nur politische Beweggründe dafür in's Feld zu führen wußte, was doch eigentlich Sache des abwesenden Reichskanzlers gewesen wäre. Seine Ausführungen waren daher auch nur von sehr geringem Effect, zumal er Deutschland kriegerische Anstrengungen zumuthete, denen es auf eine längere Dauer nicht gewachsen ist. Graf Moltke leistete der Vorlage daher einen schlechten Dienst, als er von der Nothwendigkeit sprach, daß Deutschland noch ein halbes Jahrhundert in voller Waffenrüstung dastehen müsse, weil ihm seine Siege wohl Achtung, aber keine Liebe eingebracht hätten. Mit andern Worten ausgedrückt, haben die letzten Kriege und ihre Ausnutzung von deutscher Seite aus uns den Neid und das Mißtrauen der übrigen Mächte zugezogen, und eben deßhalb sollte es unsere Aufgabe sein, dieses Mißtrauen nicht durch kriegerische Anstrengungen zu nähren, sondern durch friedliche Kundgebungen zu beseitigen. Dazu wären wir ja auch um so mehr im Stande, als laut amtlichen Versicherungen unsere Beziehungen zu den fremden Mächten nichts zu wünschen übrig lassen, diese im Gegentheil es nicht an Beweisen dafür haben fehlen lassen, daß sie fest entschlossen sind, mit uns für die Erhaltung des Friedens in Europa einzutreten. Wozu also die vom Grafen Moltke empfohlene volle Waffenrüstung, welche Deutschland nicht auf zehn Jahre, geschweige denn auf ein halbes Jahrhundert ertragen kann? (K. V. Z.)

Berlin, 19. Febr. Reichstagssitzung. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erklärt der elsaß-lothringische Abgeordnete Pougnet: Ich protestire gegen das Protocoll der gestrigen Sitzung, worin gesagt ist, daß der Straßburger Bischof Dr. Räß im Namen seiner Glaubensgenossen gesprochen habe. Ward dies gesagt, wir hörten es nicht. Ich bin in der Lage, zu erklären, daß der Bischof im eigenen Namen, nicht im Namen der katholischen Abgeordneten Elsaß Lothringens gesprochen hat. Es folgt die erste Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung.

Berlin, 19. Febr. Reichstag. Fortsetzung. Erste Lesung der Gewerbeordnungsnovelle. Bamberger empfiehlt die Berathung durch eine Commission, Hasselmann hält das Gesetz für ein Ausnahmegesetz und eine Kriegserklärung gegen die Arbeiterklasse; man wolle die Arbeiter feudalisiren, gegen die Strikes helfe das Gesetz nichts. Schulze-Delitzsch beleuchtet das Gesetz und will die Bestrafung des Contractbruchs nach den Vorschriften der Strafproceßordnung. Stumm und Minnigerode sprechen für das Gesetz. Darauf wird die Debatte auf morgen vertagt, wo auch das Reichspreßgesetz zur Berathung steht.

Berlin, 19. Febr. Das Herrenhaus setzte die Berathung des Civilehe-Gesetzes fort, lehnte einen vom Fürsten Pleß eingebrachten Antrag, betreffend die Eheschließung durch die Richter, ab und nahm die Paragraphen 6 bis 46 in derselben von der Commission gegebenen Fassung an.

Ausland.

Paris, 19. Febr. Broglie sucht seine Freunde für den Plan zu gewinnen, das Septennat durch die Ernennung eines Vicepräsidenten zu sichern.

Paris, 19. Febr. Eine Versammlung von Delegirten der Republikaner des Departements Vaucluse hat Ledru-Rollin als Candidaten für die Nationalversammlung aufgestellt. Die Organe der gemäßigten Linken mißbilligen diese Candidatur.

Haag, 18. Febr. Die Sitzungen der zweiten Kammer haben wieder begonnen. Gratama beantragte in der heutigen Sitzung, eine Adresse an den König zu richten, um darin den Führern des Landheeres und der Marine den Dank der Nation für die während des atchinesischen Feldzuges bewiesene Hingebung und Tapferkeit auszusprechen.

London, 19. Febr. Die officielle Liste des Ministeriums Disraeli wird nicht vor morgen veröffentlicht werden, aber der Eintritt von Lord Derby, Marquis of Salisbury, Herzog von Richmond, Lord Cairns, Gathorne Hardy, Ward Hunt, Sir Staffort und Lord Northcote gilt als gewiß. Lord George Hamilton ist zum Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern designirt. „Daily Telegraph" zufolge würde Gladstone aus Gesundheitsrücksichten die Leitung der liberalen Partei aufgeben und sich nur an den erheblichsten Debatten betheiligen. — Der König der Aschantis hat die ihm auferlegte Kriegskostenentschädigung von 200,000 Pfd. St. angenommen.

Lokales.

* Aus Schwetzingen erfährt man, daß die Frau des flüchtigen Sparkassenrechners Perpente auf dem Wege nach Amerika in Sunhofen angehalten wurde zum Zwecke der Beschlagnahme ihrer Effekten. — In Pforzheim ist die Fournierschneidmühle von Näher abgebrannt; auch in Karlsdorf bei Bruchsal ist dieser Tage ein Haus abgebrannt. — In Heidelberg hat ein äußerst armseliger Maskenzug lediglich die Carrikirung ultramontaner Persönlichkeiten zum Gegenstande gehabt. In Heidelberg, wo man hinter allen Städten des Landes, an äußerem und innerem Wachsthum bekanntlich weit zurückgeblieben ist, hätte man Veranlassung genug gehabt, die Satyre nach anderer Seite hin zu richten. Da aber von jeher Witz in Heidelbergs Mauern sehr rar war, so finden wir es begreiflich, daß man sich auch heuer wieder mit den dort stereotypen trivialen Späßen begnügte. —

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Stösing.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Verlag von Friedrich Pustet in Regensburg, New-York und Cincinnati:

Die seither erschienenen drei Serien von

Conrad von Bolanden's Schriften

enthalten in der wohlfeilen Volksausgabe folgende Romane:

Luther's Brautfahrt	Erste Serie	— fl. 48 kr.
Franz v. Sickingen	„ „	1 fl. 12 kr.
Barbarossa	„ „	1 fl. 36 kr.
Angela	„ „	— fl. 36 kr.
Die Magern und die Fetten	Zweite Serie	— fl. 24 kr.
Königin Bertha	„ „	1 fl. — kr.
Historische Novellen	„ „	2 fl. 24 kr.
Die Schwarzen und die Rothen	Dritte Serie	1 fl. 24 kr.
Fortschrittlich	„ „	— fl. 48 kr.
Die Aufgeklärten	„ „	1 fl. 36 kr.

An Prämienbildern stehen den alter und neuen Abonnenten zur Verfügung:

Das Abendmahl nach Leond. da Vinci
Ecce homo nach Guido Reni
Mater dolorosa nach de la Roche
} gegen Nachzahlung von a 42 kr.

Oelfarbendruckporträt Papst Pius IX.
gegen Nachzahlung von 1 fl. 24 kr.
14 Nothhelferfeld von Professor Klein. gratis.

An Einbanddecken sind hiezu zu haben:
4 zur ersten Serie um 1 fl. 12 kr.
3 „ zweiten „ „ — „ 54 „
3 „ dritten „ „ — „ 54 „

☞ **Alle Romane der 3 Serien zusammen kosten in 10 Leinwandbänden 16 fl. 30 kr. oder**
Die erste Serie gebunden in 4 Bänden 6 fl. 6 kr.
„ zweite „ „ „ 3 „ 5 fl. 12 kr.
„ dritte „ „ „ 3 „ 5 fl. 12 kr.
Alle Romane der Volksausgabe sind
auch einzeln
zu den oben beigesetzten Preisen zu beziehen.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen in gegenwärtiger Zeit die nun so billig gewordenen Bücher:
Die Schwarzen und die Rothen —
Fortschrittlich —
Die Aufgeklärten.

Die Verlagshandlung gibt jedem Besteller von 6 Exemplaren eines dieser Bücher ein
siebentes Exemplar gratis
und setzt jede Buchhandlung in den Stand, das Gleiche thun zu können.

Möge der damit beabsichtigte Zweck einer wirklich allgemeinen Verbreitung dieser Schriften Erfüllung finden. Hohe Preise sind nun kein Hinderniß mehr und die Anstrengungen der Gegner zur Verbreitung schlechter Schriften fordern geradezu zu Gegenanstrengungen heraus.

Zu beziehen durch die **Literarische Anstalt in Freiburg.**

Bekanntmachung.

Das berichtigte Verzeichniß der an die Theilnehmer an der Wiener Weltausstellung von der internationalen Jury verliehenen Auszeichnungen soll nächstens zum Verkaufspreise von 3 fl. ö. W. Silber erscheinen, die Auflage jedoch auf eine dem voraussichtlichen Bedarfe entsprechende Anzahl von Abdrücken beschränkt werden.

Wir sind bereit, Bestellungen auf dieses Verzeichniß **innerhalb acht Tagen** entgegenzunehmen.

Zugleich bringen wir zur Kenntniß der Herren Aussteller, welchen eine Auszeichnung zuerkannt wurde, daß dem Vernehmen nach die Auszeichnungen nicht vor Mitte Sommer zur Vertheilung kommen werden.

Karlsruhe, den 16. Februar 1874.

Badische Landescommission:
G. v. Stoesser.

Gesuch.

Ein junger Professor in Frankreich, der alte und neue Sprachen, Rhetorik, Philosophie, Mathematik, Theologie u. s. w. gehört, und auch in der Musik, besonders in der deutschen Sprache bewandert ist, wünscht in einer Schule oder Familie Anstellung. Derselbe ist in jeder Beziehung bestens zu empfehlen. Gefl. Offerte besorgt die Exped. d. Bl. mit Beilegung einer Freimarke unter Chiffre A. L. N. 2 2.

Anzeige.

Die **6te Auflage** des Bruderschaftsbüchleins ist nun erschienen, was ich hiemit den hochw. Geistlichen und sonstigen Abnehmern des so sehr verbreiteten Büchleins ergebenst anzeige.

Preis: roh 7 kr., mit Anh. (214 S. 8.) 13 kr.
brochirt 8 kr., „ 14 kr.
geb. 12 kr., „ 18 kr.

Bei Abnahme von größeren Partien Frei-Exemplare.

L. Schweiß, Buchdruckerei in Heidelberg.

Hofguts-Verpachtung.

Das Freiherrlich v. Bodmann'sche Hofgut „Bodenwald" im Flächengehalt von 11 Morgen Gärten
120 „ gutes Ackerfeld
15 „ Waidfeld
34 „ Wiesen
nebst schönem geräumigem Wohnhaus und großem Oeconomiegebäude soll auf weitere 12 Jahre verpachtet werden.

Pachtliebhaber werden eingeladen, ihre Angebote bis längstens 1. März d. J. auf diesseitiger Kanzlei einzureichen, woselbst auch die Pachtbedingungen eingesehen werden können.

Bodmann, den 7. Februar 1874.

Freiherrlich v. Bodmann'sches Rentamt.

W. Grimm

Langestraße 19
empfiehlt sein best assortirtes
Cigarren-Lager
von fl. 1. 24 kr. bis fl. 20. per 100 Stück in gut abgelagerter Waare.

Bei Nervenleidenden

gibt es nichts Besseres und Hülfreicheres als die einfache, sichere, schon tausendfältig als probat erwiesene Behandlungsweise, welche in nachfolgenden Schriftchen von einem gediegenen Arzte mitgetheilt wird. Mag man auch alle jetzt so vielfach angepriesenen Mittel durchprobiren, man wird doch wieder zu den so erfolgreichen Verfahren zurückkehren, das einer großen Anzahl Leidender Rettung gebracht und über das man genaue Belehrung findet in dem Buche: 2.2

Die Stärkung der Nerven. Ein Rathgeber für Nervenleidende und Alle, welche geistig frisch und körperlich gesund bleiben wollen, von Dr. A. Koch. 14 Aufl. Preis 27 kr.

Vorräthig in **Ludwig Schmidt's** Buchhandlung in Freiburg u. Donaueschingen.

Erdöl,

per Liter 12 kr. empfiehlt

W. Grimm,
Langestraße 19.

Haupttreffer 200,000 fl.

50,000, 15,000, 10,000, 2 zu 5000, 3 zu 2000 6 zu 1000 und viele andere der Kais. Oesterr. Staats-Prämien-Loose der nächsten Ziehung am 1. März. Hierzu empfehle 1/2 Loose zu 2 Thlr. — und 1/1 Loose zu 4 Thlr. — gegen Einsendung des Betrages. Pläne und Listen gratis.

J. G. Lußmann,
Staatseffekten-, Commissions-Geschäft in Wien,
3.2. Wiedan, Hauptstraße 37.

Verloosungen.

Hessische 25-fl. Loose. Ziehung am 17. Febr. Bei der heute begonnenen Ziehung fiel der Haupttreffer von 25,000 fl. auf Nr. 85,927.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag 20. Febr. Dritte Vorstellung außer Abonnement und mit erhöhten Preisen. Erste Gastdarstellung des Fräul. Marianne Brandt vom kön. Hoftheater in Berlin. **Der Prophet.** Große Oper mit Ballet in fünf Akten von Meyerbeer. Fides: Fräulein Marianne Brandt. Anfang 6 Uhr.

Sonntag 22. Febr. Vierte Vorstellung außer Abonnement und mit erhöhten Preisen. Zweite Gastdarstellung des Fräuleins Marianne Brandt vom königl. Hoftheater in Berlin. **Lohengrin.** Große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Ortrud: Fräulein Marianne Brandt. Anfang 6 Uhr.

Todesfälle.

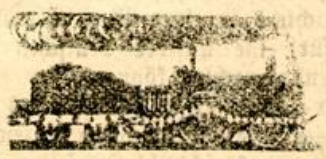
15. Febr. Katharina, Ehefrau des Webers Eckert. 42 J.
16. „ Heinrich, Vater Schmied Mohr. 1 J. 4 M. 15 T.
16. „ August, Vater Bildhauer Zettler. 2 M. 15 T.
17. „ Emilie, Ehefrau des Gürtlers Rupp, 46 J.
17. „ Otto, Vater Schlosser Beißner. 8 M. 6 T.
17. „ Emilie, Wittwe des großh. Verwaltungsgerichtsraths Bausch. 66 J.

Geburten.

16. Febr. Ein Knabe (todtgeboren), Vater Wilhelm Mosetter, Konditor.

Eheschließungen.

17. Febr. Alexander Weinheim von Rust, Fabrikant in Freiburg, mit Reja Grünwald von Stuttgart.



Fahrtenplan vom 1. Nov. 1873

anfangend:

Abgang von Karlsruhe.

Nach Rastatt, Baden, Freiburg ꝛc.:
1.10*. 6.45. 7.35*. 10.45. 11.40*. 1.45 2.30*. 5. 7.40. (10.15 nur bis Rastatt).

Nach Bruchsal und Heidelberg ꝛc.:
7.10. 9.30. 11.12*. 12.40. 1.40*. 4.55. 3.25*. 8.40. 2.40*.

Nach Pforzheim (Mühlacker):
7.50. 10. 1.20*. 1.45. 5.5. 7.45. 11.50*.

Von Pforzheim nach Karlsruhe:
5.25. 6.40. 6.29*. 9.42. 12.23. 1.29* 4 48. 9.10.

Nach Mannheim (Rheinthalbahn):
6.10. 9.30. 2. 7.15.

Von Mannheim nach Karlsruhe:
5.50. 10.35. 2.30. 6.45.

Nach Maxau:
6.35. 8.15. 10.45. 2.30. 6.5.

* Schnellzüge.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 19 Februar.

Staatspapiere.	pr. comptant.									
Preußen 4½% Consol. Oblig.	105¾	G	Rußland 5% Obligationen v. 1872	96	P	5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	8[illegible]¾	G	Finnländer 10-Thlr.-Loose	10⅞ G
4½% do.	—	G	Belgien 4½% Obligationen	101¾	G	3% do. do.	49⅞	b	Meininger 7-fl.-Loose	7⅞ b
4% do.	—	P	Schweden 4½% Oblig. in Thaler	—	G	5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	86	b	**Wechsel-Cours.**	
Baden 5% Obligationen	104¼	b	Schweiz 4½% Eidgenossensch.-Obl. i. Fr.	—	G	5% do. do. 2. Emiss.	83⅝	P	Amsterdam k. S.	99½ b
4½% do.	—	b	4½% Berner Obligationen	98½	G	5% Böhmische Westbahn, 1865, 300 fl.	85½	G	Augsburg „	100 P
4% do.	97½	G	N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	99¼	G	3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	62½	G	Berlin „	104⅞ G
3½% do. v. 1842	92	G	6% „ 1885r v. 1865	102	G	5% Hessische Ludwigsbahn	105⅝	G	Bremen „	105⅛ P
Bayern 4½% Obl. 1856 Zs. ½jähr.	101⅞	G	5% „ 1904r 10/40 1864	97¾	G	5% Pfälzische Ludwigsb. (Bexbach.)	—	P	Brüssel „	93⅞ P
4½% „ (Zins 1jähr.)	101¾	b	Spanien 3% neue Schuld von 1869	18	G	6% Central Pacific, rückz. 1898	82¼	b	Hamburg „	105⅝ P
4% „ „ 1jähr.	97¾	b	Frankreich 5% Rente, Fr. zu 28 kr.	—	G	6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	69	P	Leipzig „	105 P
Württemberg 5% Obligationen	106½	G	do. leere.	—	b	6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	55	G	London „	118½ b
4½% „	101¼	G	**Actien und Prioritäten.**			**Anlehens-Loose.**			Mailand „	— b
4% „	—	b	Badische Bank, 200 Thaler	110⅞	G	Bayerische 4% Prämien-Anleihe	115⅜	b	Paris „	93⅞ b
Nassau 4½% Obligationen	98¾	G	3% Frankfurter Bank, fl. 500	146⅞	G	4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	114⅜	P	Wien „	105 b
3½% do.	94¼	G	4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	389	b	Badische 35-fl.-Loose	71½	G	**Gold und Silber.**	
Sachsen 5% do.	105⅜	G	3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1024	b	Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22⅜	G	Pr. Friedrichsd'or	fl. 9. 56½ 57½
Gotha 5% do.	—	P	5% do. Creditactien, fl. 160	252½	b	Gr. Hessische 50-fl.-Loose	—	b	Pistolen	„ 9. 37—39
Gr. Hessen 5% do.	99¾	G	Stuttgarter Bank	94⅜	G	„ 25-fl.-Loose	—	b	Holländ. 10-fl.-St.	„ 9. 52—54
4% do.	97	G	5% Elisabethbahn, fl. 200	219½	G	Kurhessische 40-Thaler-Loose	—	G	Ducaten	„ 5. 30—32
Oesterr. 5% Silberrente B. 4⅝%	66¾	G	5% Rudolphsbahn, fl. 200	167½	G	Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	—	G	20-Frankenstücke	„ 9. 22—23
4% Papierrente B. 4⅝%	62⅜	b	4% Ludwigshafen-Bexbacher-E. fl. 500	181¾	G	Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	93½	b	Engl. Sovereigns	„ 11. 49—51
do. do.	62½	b	4½% Bayerische Ostbahn, fl. 208	112¾	b	„ 5% 500 do. do. 1860	96⅝	b	Russ. Imperiales	„ 9. 39—41
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	73½	G	4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	144	G	„ 100-fl.-Loose do. 1864	159	b	Dollars in Gold	„ 2. 24½ 25½
Rußland 5% Oblig. v. 1871	95½	G	5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	341	G	Schwedische 10-Thaler-Loose	—	P		

Druck und Verlag von L. Schweiß, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg